Akzeptanz-Vorschriften für Bargeld in Europa

Hansjörg Stützle und Hakon von Holst

Facharbeit

Herausgegeben von:
Hansjörg Stützle
Krummes Land 11
88690 Uhldingen-Mühlhofen
Tel.: 07556/920215
info@wertvollleben.net

Erscheinungsdatum: 04.11.2025

Eine englische Fassung dieser Arbeit ist unter www.Bargelderhalt.info/doc-regulations-europe erhältlich.

Hansjörg Stützle und Hakon von Holst sind Initiatoren der Petition zum Erhalt des Bargelds als Zahlungsmittel in Europa. Informationen über die Initiative finden sich auf www.Bargelderhalt.eu.

Inhalt

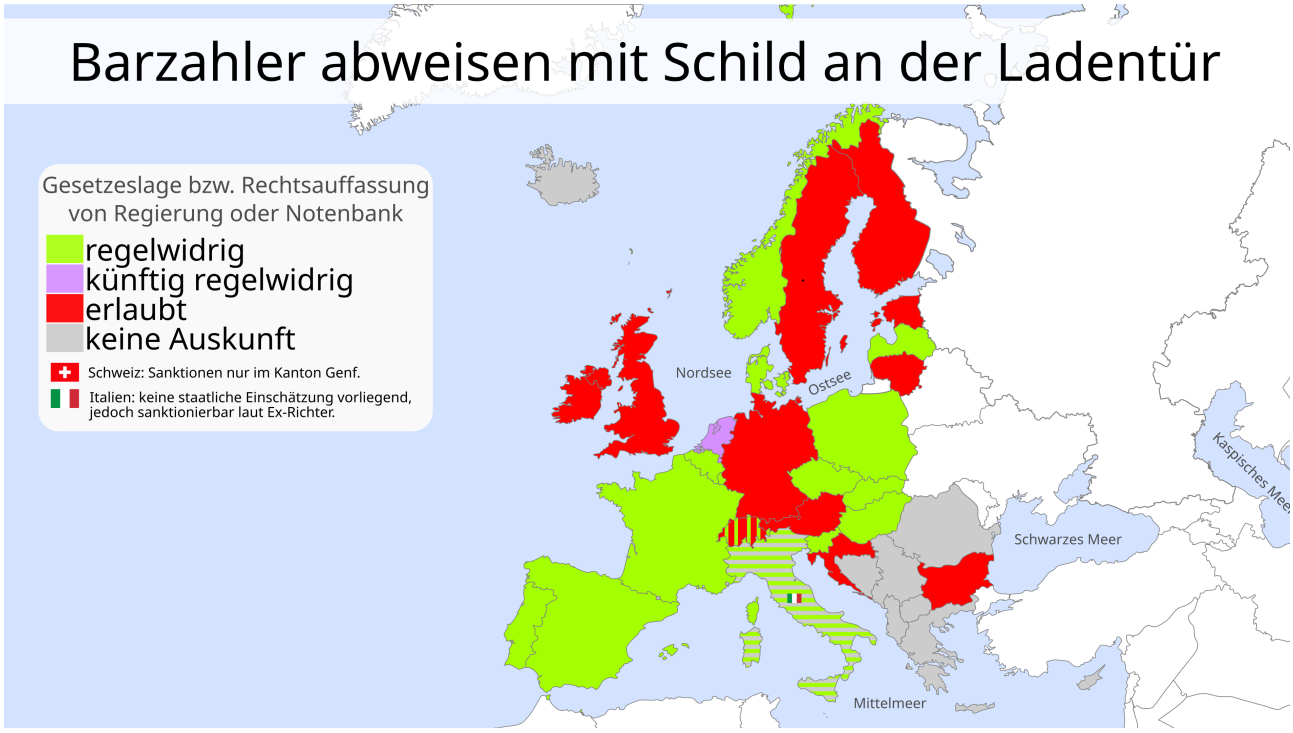
1 Einleitung....4
2 Hauptteil....5
2.1 Grafische Übersicht....5
2.2 Einzelbetrachtung....6
Albanien....6
Belgien....6
Bosnien-Herzegowina....6
Bulgarien....6
Dänemark....6
Deutschland....6
Estland....7
Finnland....7
Frankreich....8
Griechenland....8
Großbritannien....8
Irland....8
Island....8
Italien....8
Kroatien....9
Lettland....9
Liechtenstein....9
Litauen....9
Luxemburg....9
Malta....10
Mazedonien....10
Niederlande....10
Norwegen....10
Österreich....10
Polen....11
Portugal....11
Rumänien....11
Serbien....11
Schweden....11
Schweiz....12
Slowakei....12
Slowenien....12
Spanien....13
Tschechien....13
Ungarn....13
Zypern....13

1 Einleitung

In welchen Ländern dürfen Barzahler mit einem Schild an der Ladentür abgewiesen werden? Unsere Recherche verschafft eine Übersicht. Finanzministerien und Notenbanken quer durch Europa antworteten auf unsere Frage, ob Einzelhändler oder Dienstleister wie Restaurants und Friseure Bargeld *dauerhaft* mit einem Schild an der Ladentür ablehnen können.

2 Hauptteil

2.1 Grafische Übersicht



Die Rechtslage in Europa hinsichtlich der Akzeptanzpflicht von Bargeld

Quelle: eigene Recherche. Copyright: CC BY-SA 3.0. Die uneingefärbte Europakarte basiert auf Arbeiten von CrazyPhunk und Spiky1984 und findet sich auf Wikipedia.

2.2 Einzelbetrachtung

Albanien

Das albanische Finanzministerium teilte uns auf Anfrage seine Rechtsauffassung nicht mit.

Belgien

Wie die nationale Regierung auf Anfrage mitteilte, gilt in Belgien seit dem 1. Juli 2022 ein Zwang zur Akzeptanz von mindestens einem digitalen Zahlungsmittel. Am 30. März 2024 trat ein Annahmezwang für Bargeld hinzu.[1] Unternehmen müssen bei gleichzeitiger physischer Anwesenheit von Käufer und Verkäufer Banknoten und Münzen annehmen. Kein-Bargeld-Schilder an der Ladentür entfalten keine Wirkung. Laut Regierung sind Strafen bei Ablehnung von digitalen Zahlungsmitteln möglich in Höhe von bis zu 10.000 Euro, bei Ablehnung von Bargeld in Höhe von bis zu 5000 Euro.

Bosnien-Herzegowina

Das Finanzministerium von Bosnien-Herzegowina teilte uns auf Anfrage seine Rechtsauffassung nicht mit.

Bulgarien

Das bulgarische Finanzministerium teilte mit, es existiere kein ausdrückliches Verbot für Ladeninhaber, Bargeld abzulehnen: „There is no explicit prohibition in the effective Bulgarian legislation to provide for the possibility for non-cash payment in retail stores and not to allow payment in cash, respectively."

Dänemark

Zwischen 6 Uhr und 22 Uhr sind Läden verpflichtet, Bargeld anzunehmen, an unsicheren Orten bis 20 Uhr, schreibt die Regierung im Internet.[2] Kapitel 10 des Gesetzes sieht zudem Strafen für die Ablehnung von Bargeld vor.[3] Verkaufsstellen ohne Personal und Festivals sind von den Vorschriften ausgenommen.

Deutschland

In Deutschland lehnt eine zunehmende Zahl von Cafés, Restaurants, Eisdielen, Hotels, ja sogar Schwimmbädern und Bäckereien Bargeld ab. Will die Bundesregierung daran wirklich etwas ändern? Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter von Anja Karliczek,

1 Das Gesetz, genannt „Code de droit économique", findet sich unter https://www.ejustice.just.fgov.be/cgi_loi/change_lg.pl?language=en&la=F&cn=2013022819&.
2 Siehe https://www.finanstilsynet.dk/finansielle-temaer/betalingstjenester-og-e-penge/kontantreglen.
3 Das Gesetz findet sich unter https://www.elov.dk/lov-om-betalinger/.

Berichterstatterin für den Digitalen Euro im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags, schrieb uns am 30. Juni 2025:

> „Der Koalitionsvertrag sieht keine Strafen und Sanktionen für Händler vor. Hier gilt die unternehmerische Freiheit. Allerdings ist der gesellschaftliche Druck, Bargeld anzunehmen, aufgrund des steigenden Bargeldumlaufs enorm. Es ist also klug aus Sicht der Händler, weiterhin Bargeld anzunehmen, da sonst Kunden verloren gehen würden und dies sicherlich nicht im unternehmerischen Interesse des jeweiligen Händlers sein dürfte."

Ein Bundestagsabgeordneter erkundigte sich beim Verkehrsministerium, ob die Ablehnung von Bargeld in ICE-Bordbistros der Deutschen Bahn gegen das geltende Recht verstoße. Der Parlamentarische Staatssekretär Sören Bartol antwortete am 17. März 2025:

> „Nach Unionsrecht besteht für Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel eine grundsätzliche Annahmepflicht. Beteiligte Parteien können sich allerdings beim Bezahlen auf ein anderes Zahlungsmittel einigen bzw. die Annahme von Bargeld grundsätzlich wirksam ausschließen. Dies setzt im deutschen Zivilrecht eine vertragliche Vereinbarung voraus. Soweit eine solche Vereinbarung per Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB) geschlossen werden soll, unterliegt sie den allgemeinen Regeln der AGB-Kontrolle."[4]

Auch der MDR erkundigte sich nach der Rechtslage, und zwar bei Bundesbankvorstand Burkhard Balz:

> „Mit welchem Recht also können Händler Bargeld ablehnen?", fragen wir hier in Frankfurt am Main einen Juristen und Vorstand der Deutschen Bundesbank. (Balz:) „Sie haben eben das hohe Rechtsinstitut der Vertragsfreiheit, dort können eben Zahlungsmodalitäten festgelegt werden. Die Käuferseite kann ja auch im Grunde genommen dann einen Vertrag ablehnen, etwas nicht kaufen."[5]

Estland

Die estnische Notenbank und das Finanzministerium antworteten einhellig, die Ablehnung von Bargeld mit Schild an der Ladentür sei rechtmäßig. Demnach erklärt sich ein Kunde mit dem Bargeld-Ausschluss einverstanden, wenn er das Schild wahrnimmt und den Laden betritt. Die unrechtmäßige Annahmeverweigerung dagegen könne eine Strafe von bis zu 40.000 Euro nach sich ziehen, schrieb das Finanzministerium.

Finnland

Eine Umfrage der finnischen Notenbank aus dem Jahr 2022 zeigt, dass die Bevölkerung mit der Ablehnung von Bargeld durch die Wirtschaft bereits konfrontiert ist. Am

4 Drucksache 20/15135, Seite 80, https://dserver.bundestag.de/btd/20/151/2015135.pdf#page=80.
5 MDR, Umschau, 05.11.2024. Sendung wurde aus der ARD-Mediathek gelöscht.

häufigsten jedoch würden öffentliche Institutionen die Annahme von Bargeld verweigern.[6] Das finnische Finanzministerium erklärte auf Anfrage, die Ablehnung von Bargeld durch Restaurants, Friseure oder Einzelhändler mit Schild an der Ladentür sei regelkonform: „Yes, the payer and the payee are free to agree on the means of payment (the freedom of contract), meaning that payees can also refuse to accept cash. However, customers must be informed in advance if cash is not accepted, e.g. by displaying no-cash sign at the door."

Frankreich

Die Bargeldannahme ist in Frankreich zwingend. Die französische Notenbank bemüht sich aktiv um die Einhaltung des Gesetzes. Händler, die Bargeld ablehnen, erhalten zunächst ein Warnschreiben. Es folgt ein Kontrollbesuch. Sollte die Akzeptanz von Bargeld weiterhin nicht gewährleistet sein, muss das Unternehmen eine Strafe von 150 Euro bezahlen.[7] Bei fortgesetzter Nichtakzeptanz droht die Strafe erneut.

Griechenland

Die Notenbank und das Finanzministerium von Griechenland teilten uns auf Anfrage nicht ihre Rechtsauffassung mit.

Großbritannien

In einem Bericht vom 30. April 2025 hält der Finanzausschuss des britischen Unterhauses fest: „The existing law allows retailers to decide whether to accept cash or to only accept digital payments."[8] Händler dürfen also Bargeld ablehnen. Laut Medienberichten teilte die Juniorministerin Emma Reynolds mit, die Regierung plane nicht, die Gesetze zu ändern.[9]

Irland

Die irische Notenbank schreibt auf ihrer Internetseite, dass Händler Bargeld ablehnen dürfen, wenn ein klar erkennbares Schild darauf hinweist.[10]

Island

Die isländische Regierung teilte uns auf Anfrage ihre Rechtsauffassung nicht mit.

Italien

Notenbank und Regierung waren auf Anfrage nicht bereit, ihre Rechtsauffassung darzulegen. Der ehemalige Richter Paolo Remer schrieb jedoch am 23. März 2025 in einem

6 Siehe https://www.eurojatalous.fi/fi/2022/artikkelit/digitalisaatio-muuttaa-maksamistapoja-suomessa/.
7 Siehe Erläuterungen der französischen Regierung unter https://www.service-public.gouv.fr/particuliers/vosdroits/F10999.
8 Siehe unter https://publications.parliament.uk/pa/cm5901/cmselect/cmtreasy/324/report.html.
9 Siehe https://www.bbc.com/news/articles/c20gevkx8gyo.
10 Siehe https://www.centralbank.ie/consumer-hub/notes-and-coins/eurosystem-cash-strategy.

Fachartikel, dass ein Schild an der Ladentür die Ablehnung von Bargeld nicht rechtfertigen könne. Eine solche Praxis ziehe eine Strafe in Höhe von 30 Euro nach sich.[11,12]

Kroatien

Notenbank und Regierung teilten mit, Dienstleister und Einzelhändler hätten die Möglichkeit, Bargeld abzulehnen. „The choice of payment method is left to individual businesses."

Lettland

Das Finanzministerium von Lettland antwortete, die dauerhafte Ablehnung von Bargeld mit Schild an der Ladentür sei nicht rechtmäßig. „Retailers in Latvia are not allowed to refuse cash permanently with a sign on the store door, if there is no legitimate excuse for the refusal. Displaying a label or posters indicating that the retailer refuses payments in cash, or payments made in certain banknote denominations, is not enough. The retailer must provide a legitimate excuse, such as a difficulty maintaining sufficient cash reserves to provide change, or concrete physical security risks due to the presence of large amounts of cash."

Liechtenstein

Die Regierung von Liechtenstein teilte uns auf Anfrage ihre Rechtsauffassung nicht mit.

Litauen

Die Notenbank von Litauen erachtet die Ablehnung von Bargeld mit Schild an der Ladentür für rechtlich unproblematisch. Sie schrieb auf Anfrage: „It is to be noted that refusal to accept euro cash is considered acceptable if parties have agreed on other means of payment or the potential customer has been informed on means available for payment in advance and in a clear manner."

Luxemburg

Das Finanzministerium von Luxemburg antwortete, die dauerhafte Ablehnung von Bargeld durch Einzelhändler und Dienstleister stünde der eigenen Auffassung nach im Widerspruch mit den EU-Verträgen (Artikel 128 AEUV). Das Ministerium ergänzte: „Eine dauerhafte Nichtakzeptanz von Euro-Bargeld kann strafrechtlich belangt werden. Gemäß Artikel 556 des luxemburgischen Strafgesetzbuches (Code pénal) werden diejenigen, die, mangels einer gegenteiligen Vereinbarung, die Annahme von nicht gefälschtem oder nicht verändertem Geld verweigern, das im Großherzogtum Luxemburg zum gesetzlichen Kurs gültig ist, mit einer Geldstrafe von 25 Euro bis 250 Euro bestraft."

---

11 Siehe https://www.laleggepertutti.it/724331_si-puo-rifiutare-un-pagamento-in-contanti.

12 Siehe auch Artikel 693 des Codice penale unter https://www.altalex.com/documents/news/2014/08/25/delle-contravvenzioni-di-polizia.

Malta

Das Finanzministerium von Malta teilte uns auf Anfrage seine Rechtsauffassung nicht mit.

Mazedonien

Das Finanzministerium von Mazedonien teilte uns auf Anfrage seine Rechtsauffassung nicht mit.

Niederlande

Das niederländische Finanzministerium erachtet die Ablehnung von Bargeld durch Einzelhändler für zulässig. Ein Ministeriumssprecher schrieb uns: „There are no rules specifically prohibiting this. The means of payment for a retail transaction is governed by the principle of contract freedom from private law. If a customer enters a store that clearly states on its door or window that it does not accept cash, the customer is assumed to agree with these terms."

2025 veröffentlichte die niederländische Notenbank eine Umfrage, wonach bereits 21 Prozent der Apotheken Bargeld ablehnen.[13] Ein Sprecher der Notenbank bestätigte auf Nachfrage, dass nur klassische Apotheken berücksichtigt wurden, keine Onlineapotheken.

2024 beschloss das niederländische Unterhaus eine zwingende Annahmepflicht für Bargeld.[14] Das Oberhaus muss jedoch noch zustimmen.

Norwegen

Im Mai 2024 beschloss das norwegische Parlament eine detailliert geregelte Annahmepflicht.[15] Händler und Dienstleister dürfen Bargeld nicht mit Schild an der Ladentür ablehnen und riskieren eine Strafe. Die Regeln gelten nicht für den Automatenverkauf und nicht für Selbstbedienungsläden. Ausnahmen im öffentlichen Personenverkehr (Bus, Bahn) bleiben möglich.[16] Die Regelung trat im Oktober 2024 in Kraft. Zeitungen berichteten, dass nicht alle bargeldlosen Unternehmen(sketten) die Akzeptanz von Bargeld zum Stichtag wiederhergestellt hatten.[17]

Österreich

Das österreichische Finanzministerium teilte mit, das Gesetz sehe keine Strafe für Unternehmen vor, die Bargeld ablehnen. Ist es grundsätzlich rechtmäßig, Bargeld mit

13 Siehe https://www.dnb.nl/algemeen-nieuws/nieuws-2025/iets-minder-winkels-accepteren-cash/.
14 Siehe dazu https://open.overheid.nl/documenten/ad59de2d-d83d-4842-9aa9-e2focc728766/file.
15 Siehe https://www.stortinget.no/no/Saker-og-publikasjoner/Saker/Sak/?p=98066&target=case-status.
16 Siehe Gesetzestext unter https://www.stortinget.no/no/Saker-og-publikasjoner/Vedtak/Beslutninger/Lovvedtak/2023-2024/vedtak-202324-066/.
17 Siehe https://www.aftenposten.no/okonomi/i/VzGjrd/forbrukerne-har-naa-rett-til-aa-betale-med-kontanter-ny-lov-innfoeres.

Schild an der Ladentür abzulehnen? Das Ministerium beantwortete die Frage vorsichtig: „Ein Ladenschild mit Ausschluss von Bargeld könnte unter Umständen, insbesondere wenn es transparent ist, als eine wirksame Vertragsbedingung interpretiert werden.“ Berichte über bargeldlose Bäckereien kommen auch aus Österreich.[18]

Polen

Das polnische Finanzministerium teilte mit, dass Einzelhändlern seit 2021 explizit verboten ist, Bargeld durch einseitige Erklärung (etwa mit Schild an der Ladentür) abzulehnen.[19]

Portugal

In Portugal ist die verpflichtende Akzeptanz von Bargeld sehr populär. Ein Medium berichtete, dies werde laut Umfrage von 92 Prozent der Portugiesen unterstützt. Die Mehrheit befürworte auch Strafen für bargeldlose Unternehmen.[20]

Die nationale Notenbank antwortete uns: „A refusal can only be possible if grounded on reasons related to the ‚good faith principle'.“ Demnach ist die Ablehnung mit Schild an der Tür nicht rechtmäßig. Diese Auffassung teilt auch die Verbraucherschutzorganisation DECO, die jedoch darauf hinweist, dass das Gesetz keine Strafe bei Missachtung vorsieht.[21]

Rumänien

Das Finanzministerium von Rumänien teilte uns auf Anfrage seine Rechtsauffassung nicht mit.

Serbien

Das Finanzministerium von Serbien teilte uns auf Anfrage seine Rechtsauffassung nicht mit.

Schweden

Am 10. März 2025 veröffentlichte die Schwedische Reichsbank eine Studie zur Bargeldakzeptanz.[22] Demnach akzeptieren Bargeld noch 85 Prozent der Händler für

---

18 Siehe etwa https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5693113/Stadtbummel_Martin-Auer_Zweite-bargeldlose-Filiale-in-Graz-eroeffnet.

19 Siehe dazu auch Artikel 59ea des betreffenden Gesetzes: https://lexlege.pl/ustawa-o-uslugach-platniczych/art-59ea/.

20 Siehe https://www.noticiasaominuto.com/economia/2754127/maioria-dos-portugueses-usa-dinheiro-vivo-e-quer-lei-para-aceitacao.

21 Siehe https://www.deco.proteste.pt/dinheiro/contas-ordem/noticias/nao-deixam-pagar-notas-moedas-pagamento-dinheiro-nao-pode-ser-recusado.

22 Siehe https://www.riksbank.se/en-gb/payments—cash/payments-in-sweden/payments-report-2025/trends-on-the-payments-market/many-small-retail-businesses-have-stopped-accepting-cash-/cash-acceptance-differs-widely-between-sectors/.

lebensnotwendige Güter. Im Modegeschäft und bei den Restaurants liegt die Akzeptanz zwischen 70 und 80 Prozent, Friseure nehmen Bargeld in etwas mehr als 60 Prozent der Fälle an. Unter den Baumärkten akzeptiert nur die Minderheit Bargeld.

Ein Gesetzesentwurf der Regierung sieht vor, dass Apotheken und Lebensmittelhändler künftig zwingend Bargeld in Zahlung nehmen müssen.[23] Die Schwedische Reichsbank befürwortet das Vorhaben.[24]

Schweiz

Die Schweizer Landesregierung lehnt die Einführung einer Annahmepflicht für Bargeld ab. Finanzministerin Karin Keller-Sutter bezeichnete das Ansinnen laut einem Medienbericht von September 2025 als „starken Eingriff in die Vertragsfreiheit".[25,26]

Der Kanton Genf beschloss als erster am 3. Oktober 2025 eine zwingende Bargeld-Annahmepflicht für Hotellerie und Gastronomie. 53 Abgeordnete stimmten dafür, 35 dagegen.[27,28]

Slowakei

Das Finanzministerium der Slowakei teilte uns mit, Einzelhändler, Restaurants, Friseure und andere Anbieter im Verbrauchergeschäft dürften Bargeld nicht ablehnen: „Retail stores, restaurants, hairdressers, and other B2C service providers in Slovakia are not allowed to refuse cash permanently with a sign on the store door." Strafen durch die Aufsichtsbehörde bei Bargeld-Ablehnung seien möglich, schrieb das Ministerium. Die Verweigerung könne sogar eine Straftat darstellen.

Slowenien

Die slowenische Regierung schrieb uns, die dauerhafte Ablehnung von Bargeld mit Schild an der Tür sei unrechtmäßig. Die Aufsichtsbehörde könne Strafen zwischen 2000 und 25.000 Euro verhängen.

---

23 Siehe https://www.regeringen.se/contentassets/e0e985e1e90047b9965f110cc03595eb/kontantutredningen.pdf.

24 Siehe https://www.riksbank.se/en-gb/press-and-published/notices-and-press-releases/press-releases/2025/introduce-obligation-to-accept-cash-and-strengthen-banks-responsibility-for-cash/.

25 Siehe https://www.20min.ch/story/muenz-statt-twint-bargeld-annahmepflicht-wird-im-bundeshaus-zum-streitthema-103410695.

26 Die Landesregierung hatte sich bereits 2022 ablehnend geäußert, siehe Bericht des Bundesrates „Die Akzeptanz von Bargeld in der Schweiz" in Erfüllung des Postulates 18.4399 von Prisca Birrer-Heimo vom 14.12.2018, https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/74344.pdf.

27 Siehe Parlaments-Videoaufzeichnung ab 16:56 oder 17:22 Uhr: https://ge.ch/grandconseil/sessions/video/030304/25/.

28 Ein beispielhafter Medienbericht diesbezüglich ist zu finden unter https://www.bluewin.ch/fr/infos/economie/le-grand-conseil-autorise-le-paiement-en-esp-ces-2900807.html.

Spanien

Seit 2022 sieht das Verbraucherschutzgesetz ein Recht auf Barzahlung vor.[29] Geldstrafen bei Verstoß gegen das Gesetz sind möglich.[30]

Tschechien

Die Annahmepflicht für Bargeld ist verankert im Gesetz 136/2011. Die tschechische Notenbank schrieb auf Anfrage, Verbraucher hätten zwar ein Recht auf Barzahlung, jedoch sähen die nationalen Gesetze keine Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorschrift durch Unternehmen vor. Die Notenbank versende Warnschreiben, um bargeldlose Händler schriftlich auf ihre Pflichten hinzuweisen, habe aber keine weitergehenden Befugnisse.

Ungarn

Das Parlament beschloss 2025 eine zwingende Annahmepflicht für Bargeld.[31] Bei Verstößen soll die Verbraucherschutzbehörde aktiv werden. Laut Medienberichten stimmten die Abgeordneten mit 143 zu 7 Stimmen für das Gesetz.[32]

Zypern

Das Nationalbank von Zypern teilte uns auf Anfrage ihre Rechtsauffassung nicht mit.

29 Siehe Artikel 47.1 des Gesetzes: https://boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-2007-20555.
30 Siehe Artikel 49 ebenda.
31 Siehe Gesetz unter https://www.parlament.hu/irom42/11680/11680.pdf.
32 Siehe https://www.portfolio.hu/uzlet/20250611/hivatalos-magyarorszagon-alkotmanyos-jognak-tekintjuk-a-keszpenzhasznalatot-767327.